

Antrag Nr. 7

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 28.05.2026

Klimakrise als Sicherheitsrisiko

Maßnahmenpaket für strategische Unabhängigkeit, Schutz der Beschäftigten, soziale Absicherung und demokratische Resilienz

Der Munich Security Index 2025 zeigt: Mehr als die Hälfte der zehn größten globalen Sicherheitsrisiken sind direkte oder indirekte Folgen der Klimakrise. Österreichs Abhängigkeit von fossilen Importen und kritischen Rohstoffen macht erpressbar, verteuert Energie, schadet der Industrie und befeuert Inflation. Extremwetterereignisse verursachen Milliarden-Schäden, gefährden Infrastruktur, Arbeitssicherheit und Versorgung. Desinformation untergräbt demokratische Prozesse und verzögert notwendige Maßnahmen.

Für Arbeitnehmer:innen bedeutet das: Kaufkraftverluste durch Energiepreis-Schocks, Arbeitsplatzrisiken in fossilen und energieintensiven Branchen, steigende Gesundheitsgefahren (Hitze, Luftschadstoffe), höhere Versicherungs- und Lebenskosten sowie wachsende Unsicherheit. Klimapolitik ist daher auch Arbeits-, Sozial- und Sicherheitspolitik. Die AK Wien soll ihre Interessenvertretung, Dienstleistungen und sozialpartnerschaftliche Rolle nutzen, um wirksame, sozial gerechte und sicherheitspolitisch relevante Maßnahmen durchzusetzen.

In Zeiten der geopolitischen Umbrüche ist ein gemeinsames Denken von Klima- und Sicherheitspolitik unerlässlich – ja überlebensnotwendig.

Fest steht:

- Klimapolitik ist Sozial-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik.
- Soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und gute Arbeit sind Voraussetzung für Akzeptanz und Tempo.
- Information und Zugänglichkeit von Fakten garantieren die Stabilität unserer freien, demokratischen, liberalen Gesellschaft.
- Strategische Unabhängigkeit braucht Erneuerbare, Elektrifizierung und Kreislaufwirtschaft.

Mit diesem Antrag positioniert sich die AK Wien als treibende Kraft für eine sozial gerechte, sicherheitspolitisch wirksame Klimatransformation, die Kaufkraft schützt, Arbeitsplätze sichert und die demokratische Resilienz stärkt.

Energiesouveränität und leistbare Preise:

- Erneuerbare, Netze und Speicher EU-weit beschleunigen; langfristige Preissicherung.
- Soziale Grundtarife und zielgenaue Entlastungen für vulnerable Haushalte.
- Wärmewende im Gebäudesektor mit sozialer Flankierung.

Industrielle Transformation und Beschäftigung:

- Elektrifizierung, erneuerbare Alternativen priorisieren; Wasserstoff gezielt dort, wo alternativlos.
- Transformationsverträge mit Standort-, Beschäftigungs- und Mitbestimmungsklauseln.
- Qualifizierungsoffensive, Transformations-Kurzarbeit und Anerkennung non-formaler Kompetenzen.

Kreislaufwirtschaft und Rohstoffsouveränität:

- Verbindliches Recycling in Schlüsselbranchen.
- EU-weit Recycling- und Rückgewinnungskapazitäten ausbauen; Urban Mining fördern.
- Starke Lieferkettengesetze und Umsetzung des Critical Raw Materials Act mit Fokus auf Recycling und Substitution.

Klimarisiko-, Katastrophen- und Arbeitsschutz:

- Präventive Investitionen in Gesundheits-, Hochwasser- und Hitzeschutz im öffentlichen Raum und gezielten Förderungen.
- Solidarische EU-Katastrophenmechanismen.
- Verpflichtende Mindeststandards für Hitzeschutz an allen Arbeitsplätzen
- Beteiligung von Betrieben an öffentlicher Erreichbarkeit der Arbeitsstätten.
- Leistbare Elementarversicherung mit sozialer Staffelung und staatlicher Rückversicherung.

Soziale Abfederung und Mobilität:

- Indexierte, armutsfeste Sozialleistungen und tarifpolitische Leitlinien gegen Energiepreis-Schocks.
- Öffentlichen Verkehr ausbauen, Sozialtarife/Klimaticket stärken, sichere Rad- und Fußwege für Arbeitswege.
- Faire Kostenaufteilung bei Sanierungen; Schutz vor Verdrängung im Bestand.

Desinformation bekämpfen, Demokratie stärken:

- Konsequente Durchsetzung des Digital Services Act: Transparenz, Bot/Fake-Account Bekämpfung, wirksame Sanktionierungen.
- Verbindliche Lobby-Transparenz: Register, Cooling-off-Perioden, Offenlegung von Studienfinanzierungen.
- Betriebsöffentlichkeit als Lernorte für Klima-, Energie- und Desinformationskompetenz nutzen.

- Klare Regeln für Greenwashing und Verzögerungslösungen, Unterstützung unabhängiger Faktenchecks.

Finanzierung und Umsetzung:

- Zweckbindung und Transparenz von öffentlichen Einnahmen.
- Übergewinnabschöpfungen in Energienotlagen
- Keine Mehrbelastung für einkommensschwache Haushalte.
- Messbare Ziele, Monitoring und soziale Partnerschaft als Umsetzungsrahmen.

Rolle der AK und europäischer Appell:

- Die AK Wien setzt sich in nationalen und europäischen Gremien für eine sozial gerechte, sicherheitsrelevante Klimatransformation ein.
- Appell an EU, Bund, Länder und Sozialpartner: Strategische Unabhängigkeit, leistbare Energie, gute Arbeit und demokratische Resilienz jetzt verbindlich verankern.

Die 185. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

sich für die Verwirklichung der dringend notwendiger Maßnahmen gegenüber den politisch Verantwortlichen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene gemeinsam mit den relevanten Interessensgruppen einzusetzen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------